

Marburg, 13.01.2015

Eingang: 21.01.2015

TOP:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *SPD und CDU*

Lfd.Nr. 389/2015 KT

Antrag zur Kreistagssitzung am 13.02.2015

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, *SPD und CDU* betreffend "Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Flüchtlingshilfe"

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf beauftragt den Kreisausschuss, sich über den Landkreistag beim Bundesminister des Inneren, Herrn Dr. Thomas de Maizière, für die folgenden Punkte einzusetzen:

- (1) schnelle Aufstockung des für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständigen Personals des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
- (2) eine vorläufige Anerkennung aller syrischen Flüchtlinge nach dem Beispiel von Schweden

Begründung:

zu 1) Seit dem Jahr 2008, also schon weit vor dem Anstieg der Asyl-Antragszahlen 2012, war die Anzahl der vom BAMF bearbeiteten Anträge Jahr für Jahr kleiner als die Anzahl der Neuanträge. Die finanziellen Konsequenzen tragen seither die Kommunen und Kreise, da sie für Unterkunft und Versorgung von AsylbewerberInnen zuständig sind. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf musste hierfür im Jahr 2012 zusätzlich zu den Landeszuschüssen von 1,3 Mio. € weitere 1,6 Mio. € aufwenden, während der Bund gleichzeitig durch die zu geringe Personaldecke etwa 15 Mio. € einsparte.

Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition im Deutschen Bundestag wurde eine Aufstockung des Personals in Aussicht gestellt. Für den Kreis Marburg-Biedenkopf ist es entscheidend, dass diese neuen MitarbeiterInnen schnell einsatzfähig sind. Wir betrachten eine schnelle Entscheidung aber auch für Flüchtlinge als unverzichtbar, um Zukunftssicherheit zu gewährleisten. Nicht zuletzt werden durch die langen Entscheidungsdauern vorsätzlich Probleme geschaffen, die leicht in Populismus gegen Hilfe suchende Menschen umschlagen können.

zu 2) In Syrien herrscht seit Jahren Bürgerkrieg. Ein Ende desselben ist nicht absehbar. Auf unbestimmte Zeit werden Flüchtlinge also nicht nach Syrien zurückkehren können oder zurückgeführt werden können. Im Interesse der schutzsuchenden syrischen Flüchtlinge sowie in unserem eigenen Interesse sollten wir deshalb alles für eine schnelle Integration tun. Eine vorläufige Anerkennung ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

gez.

Sandra Laaz
Fraktionsvorsitzende

Angela Thränhardt
Fraktionsmitglied

Stefan Bug
Fraktionsmitglied